Stellungnahme zur Errichtung einer Datenzentrale Baden-Württemberg und eines neuen Gesamtzweckverbands für kommunale IT- und Rechenzentrumsdienstleistungen

In der Gemeinderatssitzung am 21.03.2018 haben wir als ABG-Fraktion dem **Zusammenschluss bestehender Rechenzentren für die kommunale Datenverarbeitung mitgetragen**. Im Ziel sollen sich dann die drei bisher auf diesem Tätigkeitsfeld separat agierenden Rechenzentren unter Beteiligung des Landes Baden-Württemberg zu einer Datenzentrale Baden-Württemberg (als Anstalt des öffentlichen Rechts und mit dem Namen ITEOS) und zu einem Gesamtzweckverband (mit dem Namen 4IT) zusammenschließen können. Für uns waren die vorgestellten Informationen hierzu schlüssig und nachvollziehbar.

Die Fusionen sind bereits durch den Landtag Baden-Württemberg rechtlich vorbereitet worden und werden vom Gemeindetag Baden-Württemberg unterstützt. Zusätzlich müssen die Mitgliedsstädte und -gemeinden den Zusammenschlüssen zustimmen. Wir finden es gut, dass hier die **Gemeinden explizit eingebunden** sind. Schließlich sind die Gemeinden auf die Rechenzentren mit deren Angeboten und Serviceleistungen im Bereich der Informations- und Datenverarbeitung angewiesen. Die beabsichtigten Vorteile der Zusammenschlüsse sind der Erhalt einer wettbewerbs- und zukunftsfähigen Datenverarbeitung für die Kommunen und Verbesserungen bei der Qualität, Leistung und Kosten. Wir können uns diesen Aspekten anschließen und erwarten, dass sich diese Aussichten dann auch erfüllen. Uns war es wichtig, dass durch den Zusammenschluss **keine neuen bzw. versteckte Kosten auf die Gemeinde zukommen**. Erfreulicherweise konnte dies bestätigt werden, da durch die Fusion keine der Verbandsgemeinden gegenüber dem bisherigen Stand schlechter gestellt wird. Es war sogar die Rede davon, dass durch den neuen Gesamtverband Wirtschaftlichkeitseffekte in Höhe von ca. 25 Mio. € innerhalb der nächsten 5 Jahren erzielt werden könnten.

Und was bringt das Ganze dem Bürger? Vordergründig zunächst einmal wenig, da es hier eben um die Verarbeitung kommunaler Daten geht, die schon aus Datenschutzgründen nicht von außen zugreifbar sind. Durch den Zusammenschluss soll aber der **Ausbau einer modernen und bürgerfreundlichen Verwaltung** vorangetrieben werden. Das entspricht dann durchaus unserem Sinn und erhält unsere Unterstützung. In diesem Zusammenhang denken wir auch gerne an eine umfangreichere Bereitstellung der Gemeinderatsunterlagen. Ein hierzu angedachtes Ratsinformationssystem könnte beispielsweise über den neuen Zentralzweckverband erworben werden. In Summe sehen wir es so, dass die zunehmende Digitalisierung, Vernetzung und Zentralisierung der Daten am Ende Vorteile für den Bürger bieten wird und bieten muss.

Für die ABG-Fraktion, gemeinschaftlich verfasst von:
Michaela Reinold, Mark Schachermeier, Andreas Streit